"Fair Work" kein Thema bei der GC in Leipzig

Geschrieben von: Heiko Hilker Sonntag, 24. August 2008 um 19:21

Die Games Convention in Leipzig hat sich zu einer europäischen Leitmesse in Sachen Computerspiele entwickelt und war dieses Jahr wieder ein Erfolg. Deshalb ist es bedauerlich, dass der Branchenverband BIU der Leipziger Messe, die die Games Convention entwickelt und zum Marktführer gemacht hat, eiskalt den Rücken kehrt.

Computerspiele sind heute ein wichtiges Wirtschaftsgut. Oft verkannt werden allerdings die industriellen Fertigungsbedingungen in der Computerspielebranche. Von prekärer Beschäftigung war auf der diesjährigen Games Convention ebenso wenig die Rede wie von Hire-and-Fire sowie überlangen Arbeitszeiten oder Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz und den Arbeitsschutz. Mit dem Ausstieg des Branchebnverbandes BIU aus der Leipziger Games Convention, gewinnt man die Unabhängigkeit, sich im Jahre 2009 auch diesen bisher vernachlässigten Themen zu widmen.

Da der Beruf des Spieleentwicklers oder Designers sehr beliebt ist, gibt es gibt weniger Arbeitsplätze, als nachgefragt werden. Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger erhalten ein Gehalt von rund 2000 Euro brutto im Monat, doch nicht selten wird von diesem Richtwert nach unten abgewichen. Qualitätstester von Spielen sind fast ausschließlich Praktikantinnen und Praktikanten, denen wenig oder nichts bezahlt wird. Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden täglich sind keine Seltenheit - ohne Freizeit- oder Überstundenausgleich wohlgemerkt. Außerdem ist die Unsitte verbreitet, nach Abschluss der Entwicklung eines Spiels erst einmal bis zu zwei Drittel der Belegschaft zu entlassen.

Es ist reiner Zynismus, wenn Produzenten und Publisher allen Ernstes behaupten, dass es richtig sei, dass die Beschäftigten in der Spielebranche länger arbeiteten und vergleichsweise weniger Geld bekämen, da sie als Ausgleich dafür überdurchschnittlich viel Spaß an der Arbeit hätten. Denn vom Spaß an der Freude kann sich niemand etwas kaufen.

Die schlechten Arbeitsbedingungen müssen der Vergangenheit angehören. DIE LINKE fordert deshalb die Einführung eines "Fair Work"-Siegels, dass ähnlich einem Umwelt-TÜV die jeweils bestehenden Arbeitsbedingungen klassifiziert und bewertet. Nur Unternehmen, die die Voraussetzungen für ein solches Siegel erhalten, sollen in Zukunft staatliche Fördermittel erhalten bzw. bei der Nominierung für eine Qualitätskennzeichnung oder einen "Deutschen Computerspielpreis" berücksichtigt werden.